

Abstimmung vom 25.9.1994

Weg mit dem alten Zopf: Die Verbilligung von Brot- getreide fällt einer Spar- runde zum Opfer

**Angenommen: Bundesbeschluss über die Auf-
hebung der Verbilligung von inländischem Brot-
getreide aus Zolleinnahmen**

Brigitte Menzi

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Menzi, Brigitte (2010): Weg mit dem alten Zopf: Die Verbilligung von Brotgetreide fällt einer Sparrunde zum Opfer. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 525–526.

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Im Rahmen einer weiteren Sparrunde zur Sanierung der Bundesfinanzen schlägt die Landesregierung dem Parlament 1993 vor, die Subventionierung des inländischen Brotgetreides abzuschaffen. Die auf importiertem Brotgetreide erhobenen Zölle sollen nicht mehr wie bis anhin zur Verbilligung von einheimischem Brot eingesetzt werden, sondern als Beitrag zur Haushaltssanierung in die allgemeine Bundeskasse fliessen. Gemäss Bundesrat machen diese Zuschüsse in der Höhe von jährlich 25 Millionen Franken pro Kilogramm Brot nur etwa 5 Rappen aus. Diese minimale Preiserhöhung soll von den Mühlen auf die Konsumenten überwälzt werden dürfen.

Angesichts der Dringlichkeit weiterer Sparmassnahmen beschränkt sich die Vernehmlassung auf eine mündliche Konsultation der Kantone sowie der wichtigsten Parteien und Spitzenverbände (BBI 1993 IV 302). Während das Sanierungsprogramm als Ganzes von verschiedenen Seiten als zu wenig weit gehend kritisiert wird, regt sich gegen die Streichung der Getreidesubvention keinerlei Widerstand (BBI 1993 IV 302–304). Auch das Parlament stellt sich für einmal geschlossen hinter eine Vorlage und nimmt den Bundesbeschluss ohne eine einzige Gegenstimme an.

GEGENSTAND

Die alte Bestimmung, wonach die Einnahmen aus dem Zoll auf Brotgetreide zur Deckung der Bundesausgaben für die Getreideversorgung des Landes dienen, soll aus der Bundesverfassung gestrichen werden.

ABSTIMMUNGSKAMPF

In seltener Einigkeit sprechen sich die Parteien und Verbände für die Aufhebung der Brotgetreideverbilligung aus, ein eigentlicher Abstimmungskampf findet nicht statt. Angesichts der prekären Lage der Bundesfinanzen bezweifelt kaum jemand die Notwendigkeit weiterer Sparmassnahmen, ausserdem konzentriert sich fast die gesamte politische Elite des Landes auf die gleichzeitig stattfindende und weitaus polarisierendere Abstimmung über das sogenannte Antirassismugesetz (vgl. Vorlage 414). Einzig die Konsumentenorganisationen sowie LdU, PdA und SD beschliessen die Neinparole. Alle anderen Parteien sind sich darin einig, dass angesichts der veränderten Konsumgewohnheiten problemlos auf die Brotpreissubventionierung verzichtet werden kann. Diese sei veraltet und bringe den Bauern kaum Mehreinnahmen. Das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler könne anderswo effizienter und zielgerichteter eingesetzt werden. Dagegen wenden die Gegner ein, es sei unzulässig, auf dem Buckel der Konsumenten zu sparen und deren Budget mit höheren Brotpreisen zu belasten.

ERGEBNIS

Mit einer deutlichen Mehrheit von 64,6% nehmen das Schweizer Stimmvolk und alle Kantone die Aufhebung der Brotpreisverbilligung an. Die Beteiligung beträgt 45,5%. Die höchsten Jastimmenanteile weisen Basel-Stadt (70,2%), Zürich (71,2%) und Graubünden (70,5%) auf. Das Interesse an der Vorlage ist aber nur gering, sodass beispielsweise in einer nachträglich durchgeführten Analyse nur eine Minderheit genauere Angaben zu Titel und Inhalt des Bundesbeschlusses machen kann. Genau diese

Stimmenden sind es, die für den relativ hohen Neinanteil verantwortlich zeichnen. Personen mit Vertrauen in die Regierung und grossem politischem Interesse stimmten hingegen mehrheitlich Ja. Als Hauptmotiv für ihren Stimmenscheid nannten die Befürworter den Willen zur Sanierung der Bundesfinanzen, die Gegner aber die Befürchtung vor höheren Brotpreisen.

QUELLEN

BBl 1993 IV 293; BBl 1994 II 219. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1993 bis 1993: Landwirtschaft – Pflanzliche Produktion. Vox Nr. 54.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.